Rechtliche Grundlagen für Ausländervereine¹

„Alle Menschen haben das Recht sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen“ (Artikel 20, Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)

Deutschland ist ein Land der Vereine: Die Palette reicht von A wie Anglerverein über freizeitorientierten Jugendvereine, karitative Vereine, Karnevalsvereine, Sportvereine bis hin zu Z wie Zwerghasenliebhabervereine. So zahlreich die Interessen der Menschen sind, so viele unterschiedliche Vereine widmen sich ebendiesen. So gilt es als Zeichen gelungener Integration, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls in Vereinen zusammenschließen. In vielen Bereichen wird das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, das aus der Vereinsarbeit hervorgeht, auch schon als positiv und unterstützenswert anerkannt. Die Bestrebungen zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbände, die als einen Bestandteil die Zusammenarbeit mit und Förderung von Vereinen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ansehen, sind ein Indiz für die positive Aufmerksamkeit, die den Vereinen seit einiger Zeit entgegen gebracht wird. Gleichwohl gibt es einige Hürden und Stolpersteine, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund im Vereinsalltag konfrontiert sehen und die sich auch aufgrund der rechtlichen Lage ergeben. Dass Vereine von Menschen mit Migrationshintergrund nicht einfach irgendwelche Vereine sind, die sich ins A bis Z der Vereine nahtlos einreihen können, sondern seitens Politik und Recht als etwas Besonderes angesehen werden, für das es einen speziellen Regelungsbedarf benötigt, zeigt schon der Begriff des „Ausländervereins“, der einen Großteil der Vereine subsumiert, die sonst als MSO oder VJM² gelten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland genießen Vereine generell und die Partizipation von Menschen in Vereinen insgesamt eine hohe Priorität. Unter dem Stichwort der Vereinigungsfreiheit ist das Recht, einen Verein zu gründen, sogar als Grundrecht im Grundgesetz niedergeschrieben. Paragraph 9 Absatz 1 des Grundgesetzes besagt:

„Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.“

„Alle Deutschen?“ Offensichtlich gilt dieses Grundrecht also nicht für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen. Es handelt sich vielmehr um ein Grundrecht, dessen Anwendungs- und Gültigkeitsbereich sich nur auf deutsche

---

¹ Der Artikel ist ein Vorabdruck, der im Rahmen eines Leitfadens zur interkulturellen Öffnung internationaler Jugendbegegnungen publiziert wird. Der Leitfaden entsteht im Rahmen des Projekts "InterKulturell on Tour" der Deutschen Sportjugend (dsj), der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (ijab), Jugend für Europa (JfE), der Naturfreundejugend Deutschlands, transfer e. V. sowie dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA).

² MSO = MigrantInnenselbstorganisation, VJM = Verein von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

StaatsbürgerInnen bezieht. Was aber ist mit denjenigen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und einen Verein gründen bzw. sich in einem Verein betätigen wollen? Welche Kriterien und Regelungen sind für diese zu beachten?

Das Vereinsgesetz

Das „*Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz)*“ kodifiziert in der Bundesrepublik Deutschland die Rahmenbedingungen und Grundlagen zur Vereinsarbeit. Im Vereinsgesetz finden sich auch Bestimmungen über „Ausländervereine“. Hier sind die Paragraphen 14 und 15 maßgeblich. Interessant ist hierbei, dass in diesen Paragraphen ausschließlich geregelt wird, wann „Ausländervereine“ verboten oder Betätigungsverbote erlassen werden können, nicht aber, unter welchen Umständen Ausländerinnen und Ausländer das Recht haben, Vereine zu gründen. Das mag auf den ersten Blick als Spitzfindigkeit gelten, unter der Perspektive, welche Rahmenbedingungen die Migrationsgesellschaft den Menschen mit Migrationshintergrund zu gesellschaftlicher Partizipation stellt, ist diese Tatsache jedoch ein Hinweis darauf, dass Partizipation – aus rechtlicher Sicht – nicht uneingeschränkt begrüßt wird.

Wer aber gilt denn nun eigentlich als Ausländerverein?

Unabhängig davon, wie sich ein Verein selber wahrnimmt oder definiert, ob die Mitglieder ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland besitzen und sich selber nicht als Ausländer oder Ausländerin wahrnehmen, sind rechtlich gesehen alle Vereine, deren Vorstand oder deren Mitglieder sämtlich oder überwiegend Ausländer oder Ausländerinnen sind, Ausländervereine, ganz unabhängig davon, welche Ziele und Zwecke die Vereine haben (§ 14 Vereinsgesetz, Abs. 1). Der Begriff *Ausländer* bezieht sich in diesem Fall auf die Staatsbürgerschaft. Als Ausländer gelten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (§ 2 (1) AufenthG).

Vereine, deren Mitglieder oder Vorstand Ausländer und Ausländerinnen eines Mitgliedsstaates der EU sind, gelten dagegen jedoch nicht als Ausländervereine.

Was genau der Begriff "überwiegend" in den Gesetzestexten bedeutet, wird dort nicht konkretisiert, es ist aber davon auszugehen, dass damit mindestens 50 % der Personen gemeint sind. Um nicht als Ausländerverein zu gelten, müsste ein Verein also nachweisen, dass die Mehrheit der Mitglieder und des Vorstands keine Ausländer und Ausländerinnen sind. Es genügt nicht, dass beispielsweise der Vorstand mehrheitlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Das bedeutet für die Praxis der Vereine, dass es nicht nur darauf ankommt, welche Staatsangehörigkeit die Mitglieder des Vorstands haben, sondern auch, welche Staatsangehörigkeiten alle Mitglieder der Vereine haben. Beispielsweise würde auch ein konfessioneller Verein von Katholikinnen und Katholiken, die die brasilianische Staatsangehörigkeit besitzen, in Deutschland rechtlich gesehen nicht als konfessioneller Verein, sondern als Ausländerverein gelten.

Was bedeutet das für den Alltag?

Ist es nicht für das Vereinsleben und die Praxis egal, welche rechtliche Bezeichnung ein Verein besitzt? Nein, denn für den Alltag der MSO ergeben sich einige Konsequenzen, die zumindest zeitlich aufwändig sind.

Laut § 19 - 21 der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz“) vom 28. Juli 1966 (BGBl. I S. 457), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390) müssen Ausländervereine den örtlichen Behörden Auskunft über ihre Tätigkeit sowie über alle Änderungen der Satzung, der Vorstandsmitglieder (incl. der jeweiligen Anschriften) geben. Dies muss innerhalb von zwei Wochen nach der jeweiligen Änderung geschehen, wie sie sich beispielsweise aufgrund von Vorstandsneuwahlen ergibt. Örtliche Behörden sind in der Regel die Ausländerbehörden bzw. die Amtsgerichte. Sie geben die Daten dann gemäß § 22 an das Bundesverwaltungsamt weiter. Dort wird eine Liste, das Zentralregister der Ausländervereine, geführt.

Außerdem gilt gemäß § 20:

„(1) Ausländervereine mit Sitz im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes haben der nach § 19 Abs. 1 Satz 1 zuständigen Behörde auf Verlangen Auskunft zu geben

- 1. über ihre Tätigkeit;*
- 2. wenn sie sich politisch betätigen,*
  - a) über Namen und Anschrift ihrer Mitglieder,*
  - b) über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel.“*

Ein Verein, der nicht mehr als Ausländerverein geführt werden möchte, müsste also nachweisen, dass seine Mitglieder oder Vorstände mehrheitlich deutsche Staatsangehörige sind. Müssten dann Kopien aller Personalausweise gemacht werden, um diese der zuständigen örtlichen Behörde vorzulegen? Wenngleich theoretisch nicht unmöglich, scheint dies zumindest bei größeren Vereinen praktisch eine recht hohe Hürde zu sein. Auch die Tatsache, dass Vereine, die sich politisch betätigen (hiermit sind keine Parteien gemeint, sondern Vereine, die sich in politischer Hinsicht engagieren), auf Verlangen eine Liste mit den Namen und Anschriften aller Mitglieder abgeben müssen, scheint problematisch. Ebenso ist die Tatsache, dass es keine generelle Vereinigungsfreiheit für Ausländerinnen und Ausländer gibt, ein Einschnitt in die Menschenrechte der hier lebenden Menschen.

Aufgrund der Berichte von Vertreter und Vertreterinnen verschiedener MSO/VJM scheint die konkrete Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben in der Praxis zu variieren. Generell gilt jedoch, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen Verein gründen wollen bzw. sich in einem Verein engagieren, nicht die gleichen

Rechte genießen wie deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Die gesetzlich verankerten Hürden sind hierbei nicht unüberwindbar. Es werden aber durch sie Jugendlichen, die sich engagieren wollen, zusätzliche Steine in den Weg gelegt, die sicher nicht das Gefühl der Jugendlichen fördern, als ein Teil der Gesellschaft anerkannt zu werden.

Birgit Jagusch (Dipl. Pol.wiss.) ist Referentin des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA),

Kontakt: info@IDAeV.de